

Studientag "INDUSTRIEZONE LINZ - ENNS - PERG:
PLANUNGEN UND PROBLEME"

M e m o r a n d u m

Die Leitung des Studientages des Katholischen Akademikerverbandes am 7. Juni 1975 in St. Florian hat sich über die Planungen für den Raum Linz - Enns - Perg informiert und die Problematik eingehend diskutiert. Dem steigenden Bedarf an Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren durch den Eintritt starker Jahrgänge in das Berufsleben und das gleichzeitige Ausscheiden schwächerer Jahrgänge aus dem Berufsleben wurde besondere Bedeutung geschenkt. Die Teilnehmer am Studientag wollen auf folgende grundsätzliche Problematik, die auch wesentliche geistige Werte berührt, mit aller Eindringlichkeit hinweisen:

1. Eine Realisierung aller bisher bekannten Absichten stünde in krassem Widerspruch zu der heute allgemein anerkannten Forderung nach Erhaltung, ja Verbesserung der Lebensqualität, wie sie auch in den Grundsätzen des oberösterreichischen Raumordnungsgesetzes zum Ausdruck kommt:
 - Sicherung oder Wiederherstellung eines ausgewogenen Naturhaushaltes als Lebensgrundlage der Menschen,
 - Sicherung des Klimas und der Reinheit der Luft,
 - Schutz des Menschen vor Umweltbelastungen,
 - Entlastung von Verdichtungsgebieten und Erhaltung der dortigen Landschaft,
 - Schaffung von Erholungsgebieten,
 - landschaftspflegerische Maßnahmen.

Die Bestrebungen zur maximalen industriellen Nutzung dieses Raumes lassen eine Wertordnung erkennen, bei der die wirtschaftliche Expansion oberstes Ziel ist, dem andere Werte, die für das physische und geistige Wohl des Menschen wesentlich sind, untergeordnet werden.

2. Wenn gewichtige Gründe eine Erweiterung industrieller Anlagen in diesem Raum nahelagen, so darf dadurch nicht ein sich rund 20 km lang erstreckender, mit Industrie und Hochhäusern dicht verbauter Streifen entstehen.

Zwischen den Industrie- und Siedlungsräumen Linz und Enns ist ein rund 10 km langer, von massierten Industrie- und Wohnbauten freier Raum zu belassen, die Auwälder als wichtiger Faktor für Klima und Erholung sind zu schützen, Ersatzaufforstungen für von Industrie beanspruchte Wälder sind unverzüglich vorzunehmen.

Dem Naturschutzgesetz soll nicht nur im Gebirge und an den Seen Rechnung getragen werden, sondern gerade in Ballungsräumen, in denen Natur und Menschen schwersten Belastungen ausgesetzt sind.

3. Um die ökologischen Belastungen in tragbaren Grenzen zu halten, ist die weitere Nutzung dieses Raumes als Industriezone nur stufenweise, bei gleichzeitiger ständiger Kontrolle der Auswirkungen der jeweiligen Stufen und Offenlegung der Kontrollergebnisse möglich. Die betroffene Bevölkerung ist rechtzeitig und vollständig von unabhängiger Instanz über die Vorhaben und deren abschätzbare Auswirkungen auf die Umwelt zu informieren.
4. Die seit Jahren bekannten Erkenntnisse über sozialpsychologische, pädagogische und gesundheitliche Nachteile von "Hochhauslandschaften" dürfen nicht länger ignoriert werden. Es ist untragbar, daß neuerlich mehrere tausend Familien mit ihren Kindern diesen negativen Wirkungen ausgesetzt werden sollen.
5. Die Bestrebungen, für die nächsten 10 Jahre genügend Arbeitsplätze für die ins Berufsleben tretenden Jugendlichen zu schaffen, werden als wichtige Aufgaben erkannt und dankbar anerkannt. Eine Massierung zehntausender zusätzlicher Arbeitsplätze im Raum Linz - Enns mit Einsatz beträchtlicher öffentlicher Mittel zur Schaffung der nötigen Infrastruktur in diesem Raum brächte jedoch schwerwiegende Nachteile für die übrigen Räume Oberösterreichs: für die Festigung der Wirtschaftsstruktur einschließlich der Landwirtschaft in den anderen Landesteilen stünden umso weniger finanzielle

Mittel zur Verfügung, die ökologisch bedenkliche Verdichtung des Zentralraumes nähme weiter zu, die qualifizierten und beweglicheren Arbeitskräfte würden noch stärker als jetzt aus dem ländlichen Raum abgesaugt und den dort ansässigen Mittel- und Kleinbetrieben entzogen, das Pendlerproblem würde wachsen und die Entleerung der Randgebiete fortschreiten. Die daraus resultierenden vielschichtigen Probleme für die Familien, die politischen und kirchlichen Gemeinden, das gesellschaftliche und kulturelle Leben des ländlichen Raumes würde zunehmen.

6. Es ist die Frage zu stellen, ob eine starke Expansion der verstaatlichten Industrie und die Anfälligkeit eines immer größeren Teiles der Bevölkerung Oberösterreichs für sektorale Krisen auf dem Weltmarkt gesellschaftspolitisch anstrebenenswert ist.
7. Die Studententagung ruft die für die Entscheidung Zuständigen auf, über die Probleme der Gestaltung dieses Raumes ebenso wie über ihre soziologischen und psychologischen Auswirkungen auf die Menschen in unserem Land umfassend zu informieren und den betroffenen Bevölkerungsschichten in demokratischer Weise eine Mitsprachemöglichkeit zu geben.

Bemerkung der Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im WSL

Wenn das Problem des Atomkraftwerkes St. Pantaleon auch nicht direkt angesprochen wurde, so kann aus der Aussage über eine echt verstandene Lebensqualität, über die zu schaffenden Arbeitsplätze und über die Industrieverdichtung, die der Kath. Akademikerverband dankenswerterweise getroffen hat, geschlossen werden, daß die nachteilige Bedeutung des Atomkraftwerkes durchaus richtig erkannt wurde.

Ein derartiges Energiezentrum wird energieintensive Großindustrien wie ein Magnet anziehen. Für wen wird produziert und wo sind die Absatzmärkte? Ob das die Planer und Betreiber bereits wissen? Sie "wissen" beispielsweise, daß wir ein Atomkraftwerk "brauchen", sie wissen aber noch keine Lösung für den Atommüll . . .

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL), 4010 Linz, Postfach 167